Stand: 17.11.2026 03:06:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11971

"Vorgaben zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat auf kommunaler Ebene überprüfen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11971 vom 08.05.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12486 des KI vom 20.05.2026
3. Beschluss des Plenums 19/12735 vom 07.07.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 84 vom 07.07.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.05.2026 | berichtigt 19.05.2026* **Drucksache** 19/**11971**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Vorgaben zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat auf kommunaler Ebene überprüfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Demokratie vor Ort in den Gemeinden und Städten lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich im kommunalen Ehrenamt für ihre Kommunen einsetzen wollen. Jedoch wird es nicht leichter, Kandidierende für die Kommunalparlamente zu finden.

Der Landtag ist und war in den letzten Jahren darum bemüht, die Attraktivität der kommunalpolitischen Ehrenämter zu erhöhen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, bei der bevorstehenden Evaluierung der allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen, die 2023 novellierten Vorschriften in den Kommunalverfassungsgesetzen zur Unvereinbarkeit eines kommunalen Mandats und einer beruflichen (Teilzeit-)Tätigkeit für dieselbe Kommune zu überprüfen (Art. 31 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO), Art. 24 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO) und Art. 23 Abs. 4 Bezirksordnung (BezO)). Dabei sind Optionen aufzuzeigen, wie sich die Vorschrift weiterentwickeln lässt, um anders als bisher Bürgerinnen und Bürger, die in Teilzeit bei Ihrer Kommune beschäftigt sind, nicht unnötig von der Wahrnehmung eines kommunalen Ehrenamtes in den Gemeinde- und Stadträten auszuschließen und dennoch Interessenkonflikte zwischen Amt bzw. beruflicher Tätigkeit und kommunalem Mandat zu vermeiden.

Begründung:

Im Rahmen der Kommunalrechtsnovelle im Jahr 2023 wurden die gesetzlichen Regelungen zur Inkompatibilität von Amt und Mandat in den Räten dahingehend geändert, dass künftig auch die Tätigkeit als Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Teilzeit für eine Kommune dazu führt, dass diese berufliche Tätigkeit und das kommunale Ehrenamt in derselben Gemeinde nicht miteinander vereinbar sind (Art. 31 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GO, Art. 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 LKrO und Art. 23 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BezO). Zuvor war es neben Beamtinnen und Beamten nur leitenden oder hauptberuflichen Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern verwehrt, ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied der Beschäftigungsgemeinde zu sein.

In der Praxis führt diese Neuregelung für Teilzeitbeschäftigte zu Problemen. Vor allem ist die Steuerungswirkung dieser Regelung fraglich, weil sie Engagierte vom kommunalen Ehrenamt abhält, die sich zwischen ihrer (Teilzeit-)Tätigkeit für die Gemeinde und der Kandidatur bzw. Mitgliedschaft im Kommunalparlament entscheiden müssen. Zudem führt die Neuregelung in der Rechtsanwendung zu inkonsistenten Ergebnissen. So

** Die Korrektur bezieht sich auf die ersten beiden Absätze des Antrags sowie auf den ersten Absatz in der Begründung.*

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

gilt die Inkompatibilitätsregelung bspw. für Erzieherinnen oder Erzieher in einer kommunalen Kindertagesstätte, die dort in Teilzeit arbeiten. Dagegen werden Erzieherinnen bzw. Erzieher, die von einem freien Träger in derselben Kommune betrieben wird, vom Anwendungsbereich der Regelung nicht erfasst. Auch Beschäftigte bei kommunalen Unternehmen wie bspw. Stadtwerken unterfallen ebenso wenig der neuen Regelung, wenn sie nicht in leitender Position tätig sind. Die Neufassung der Inkompatibilitätsregelungen hat bislang nicht nur zu Unverständnis in den Kommunen geführt, sondern sie ist derzeit auch Gegenstand von Popularklagen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof.

Zudem ist die Anwendung der Regelung in der Praxis auch kompliziert. So ist die Vorschrift des Art. 31 Abs. 3 GO nach Hinweis des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration verfassungskonform auszulegen. Bei der betroffenen Person muss neben ihre Tätigkeit als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer der Kommune auch eine potenzielle Interessenkollision mit dem Mandat als Ratsmitglied festgestellt werden. Diese verfassungskonforme Auslegung erleichtert aber die Rechtsanwendung nicht, da sie in jedem Einzelfall vorgenommen werden muss, was auf der kommunalen Ebene die zuständigen Stellen, insbesondere die Wahlausschüsse überfordern kann.

Daher sind die Inkompatibilitätsregelungen und die hier aufgeworfenen Aspekte in die turnusmäßige Evaluation der allgemeinen Gemeinde- und Landkreiswahlen durch das Innenministerium einzubeziehen. Dabei ist auch zu erörtern, ob das Regelungsziel des Art. 31 Abs. 3 GO nicht durch mildere Mittel erreicht werden kann. Aus Sicht des Landtags sind Inkompatibilitätsregelungen in den Kommunalverfassungsgesetzen zwar wichtig, um Interessenskonflikte in den kommunalen Gremien zu verhindern. Solche Konflikte bestehen vor allem bei Beamtinnen und Beamten, die hoheitliche Aufgaben in ihrer Kommunen erfüllen oder bei Tarifbeschäftigten in leitender Position. Allerdings darf eine solche Regelung nicht über das Ziel hinausschießen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 20.05.2026 **Drucksache** 19/**12486**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/**11971**

Vorgaben zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat auf kommunaler Ebene überprüfen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Andreas Birzele**
Mitberichterstatter: **Martin Stock**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 20. Mai 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   SPD: Zustimmung

   Ablehnung empfohlen.

Florian Siekmann
Stellvertretender Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 07.07.2026 **Drucksache** 19/**12735**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/**11971**, 19/**12486**

Vorgaben zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat auf kommunaler Ebene überprüfen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Haus zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. Dann hat der Landtag diese Voten übernommen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
   Investitionsschutz für Bayerns Steuerzahler –
   Verbindliche Standards und Mobilitätsgarantien bei Aufzugsausfällen
   Drs. 19/9837, 19/12506 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Gut Essen in Bayern I:
   Strategie für ökologische Ernährungssicherheit und Selbstversorgung
   Drs. 19/11210, 19/12528 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gut Essen in Bayern II:
Preismacht der Handelsketten begrenzen, aber auch nutzen
Drs. 19/11211, 19/11841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gut Essen in Bayern III: Sozial, nachhaltig, gesund – Mehrwertsteuer für Bio-Obst und Gemüse runter!
Drs. 19/11212, 19/12213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gut Essen in Bayern IV: Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen. Ein Maßnahmenpaket für Bayern.
Drs. 19/11213, 19/12529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gut Essen in Bayern V: Was isst Bayern? Erkenntnisse der Ernährungsstudie in gesundheitsfördernde Maßnahmen übersetzen
Drs. 19/11214, 19/12530 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gut Essen in Bayern VI: Bayerisches Fortbildungszentrum Kochen
Drs. 19/11215, 19/12531 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fachgespräch zum Thema Digitalisierung in der Landwirtschaft
Drs. 19/11312, 19/12532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU
Sicherheit durch Information II: Kommunale Mandatsträger und Beamte für Planungen und Herausforderungen im aktuellen sicherheitspolitischen Kontext sensibilisieren
Drs. 19/11317, 19/12482 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Kostenloses Parken für E-Fahrzeuge aufheben – Öffentlichen Parkraum fair bewirtschaften
Drs. 19/11407, 19/12507 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutzprogramm 2026: Richtung stimmt – doch die Bauwende braucht mehr
Drs. 19/11576, 19/12508 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachgespräch zum Handlungsbedarf:
Long COVID bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen
Drs. 19/11670, 19/12479 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauen müssen übrigens auch mal –
Änderung der Versammlungsstättenverordnung
Drs. 19/11684, 19/12509 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Bericht zur Übernachtung von rund 500 Passagieren in Flugzeugen am 19. Februar 2026 und zur Servicequalität am Flughafen München
Drs. 19/11710, 19/12510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Transitwege schützen – Konsequentes Vorgehen gegen illegale Kabotage durch ausländische Frachtführer nach französischem Vorbild
Drs. 19/11712, 19/12511 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u.a. und Fraktion (AfD)
Abschaffung der Luftverkehrsteuer – Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und bayerischen Luftfahrt sichern
Drs. 19/11713, 19/12512 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

17. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU
Logistikzentrum der Bayerischen Polizei in Hof: Bericht über Fortschritt und aktuellen Sachstand
Drs. 19/11755, 19/12483 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Belastung von Pflegebedürftigen durch Minderauslastungszuschläge beenden – faire Finanzierung stationärer Pflege sicherstellen
Drs. 19/11804, 19/12523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Kerstin Schreyer, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Elektronische Datenübermittlung für die Leichenschau
Drs. 19/11859, 19/12524 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitalisierung, KI und neue Technologien in der Pflege – Berichtsantrag zur Strategie in Bayern
Drs. 19/11932, 19/12525 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jetzt Investitionsplan für den Ausgabenrest der Feuerschutzsteuer vorlegen
Drs. 19/11933, 19/12485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorgaben zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat auf kommunaler Ebene überprüfen
Drs. 19/11971, 19/12486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Psychische Beanspruchung und Präventionsmaßnahmen für Ärzte und Pflegepersonal in Bayern
Drs. 19/11972, 19/12526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

24. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Linksextremistischen Verein Rote Hilfe e.V. verbieten
Drs. 19/12016, 19/12484 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.